

Antworten der FDP Berlin auf die Wahlprüfsteine von vedec – Verband für Energiedienstleistungen, Effizienz und Contracting e.V. zur Abgeordnetenhauswahl 2026

Sehr geehrter Herr Schmees,

vielen Dank für Ihre Fragen zur Energie- und Wärmepolitik und insbesondere zur Rolle von Energiedienstleistungen und Contracting bei der Transformation des Berliner Gebäudebestands. Eine sichere, bezahlbare und zunehmend klimaneutrale Energieversorgung gehört zu den zentralen Herausforderungen für Berlin. Für uns Freie Demokraten ist dabei entscheidend, Klimaschutz, Wirtschaftlichkeit, Technologieoffenheit und Investitionsfähigkeit zusammenzudenken.

Für die Beantwortung Ihrer Fragen haben wir auch Künstliche Intelligenz genutzt. Unsere Antworten basieren auf unserem Wahlprogramm für die Abgeordnetenhauswahl 2026 sowie auf den Beschlüssen der FDP Berlin und wurden durch die Fachsprecherinnen und Fachsprecher des Landesvorstands geprüft und überarbeitet.

Gerne beantworten wir Ihre Fragen wie folgt.

**Dezentrale Contracting-Lösungen und Energiewende
Welche konkreten Maßnahmen wird Ihre Partei in der kommenden
Legislaturperiode ergreifen, um dezentrale Contracting-Lösungen in Berlin gezielt
auszubauen und als Instrument der Energiewende zu stärken?**

Wir sehen in dezentralen Contracting-Lösungen grundsätzlich ein geeignetes marktwirtschaftliches Instrument, um privates Kapital, energiewirtschaftliches Know-how und professionelle Betriebsführung für die Energiewende zusammenzubringen. Gerade dort, wo Eigentümer nicht selbst investieren können oder wollen, kann Contracting Investitionshemmnisse reduzieren und die Modernisierung von Energieanlagen beschleunigen.

Für uns ist entscheidend, dass die Energie- und Wärmewende nicht durch immer neue Detailvorgaben organisiert wird, sondern durch Technologieoffenheit, marktwirtschaftliche Anreize und die Mobilisierung privaten Kapitals. Klimaschutz und Ressourceneinsparung sollen dort stattfinden, wo sie wirtschaftlich sinnvoll umgesetzt werden können und für Mieter wie Vermieter bezahlbar bleiben. Contracting-Modelle passen zu diesem Ansatz, weil sie Investitionen, Fachkompetenz und langfristige Betriebsverantwortung miteinander verbinden können.

Daraus ergeben sich für uns auch für Contracting klare Anforderungen an die Berliner Landespolitik. Wir wollen Genehmigungs- und Verwaltungsverfahren beschleunigen und digitalisieren, unnötige landesrechtliche Sondervorgaben abbauen und Investoren sowie Energiedienstleistern verlässliche Rahmenbedingungen bieten. Zusätzliche Berliner Vorgaben müssen einen nachweisbaren Nutzen haben und dürfen wirtschaftlich tragfähige Lösungen nicht durch Technologiepräferenzen oder unnötige Verfahrenskosten verhindern.

Besondere Chancen sehen wir bei dezentraler Wärmeversorgung, Quartierslösungen, Geothermie, Solarenergie, Kraft-Wärme-Kopplung beziehungsweise neuen gekoppelten Strom-Wärme-Konzepten sowie bei der Einbindung von Speichern und intelligentem Energiemanagement. In unserem Wahlprogramm sehen wir ausdrücklich Pilotprojekte für Brennstoffzellen zur gekoppelten Wärme- und Stromerzeugung in Gebäuden vor. Auch solche Modelle können durch spezialisierte Energiedienstleister umgesetzt werden.

Gleichzeitig wollen wir Contracting nicht gegenüber anderen Geschäftsmodellen politisch privilegieren. Entscheidend sind für uns die tatsächliche CO₂-Minderung, Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und die langfristigen Gesamtkosten. Der Staat sollte Ziele und verlässliche Rahmenbedingungen setzen, aber nicht das Geschäftsmodell oder die technische Lösung vorschreiben.

Wärmewende im Wohngebäudebestand

Setzt Ihre Partei bei der Wärmewende im Gebäudebereich primär auf ordnungsrechtliche Vorgaben oder auf marktbasierte Instrumente wie Contracting-Lösungen und Förderprogramme? Bitte begründen Sie Ihre Priorisierung.

Wir setzen klar auf marktwirtschaftliche Instrumente, Technologieoffenheit und wirtschaftliche Anreize und nicht auf eine weitere Verschärfung ordnungsrechtlicher Vorgaben.

Klimaschutz und Ressourceneinsparung sollen dort stattfinden, wo sie wirtschaftlich am sinnvollsten umgesetzt werden können und für Mieter und Vermieter bezahlbar bleiben. Weitere Verschärfungen der energetischen Anforderungen an Gebäude lehnen wir sowohl im Neubau als auch im Bestand ab. Zugleich setzen wir beim Heizen insbesondere auf erneuerbare Energien.

Dahinter steht kein geringerer klimapolitischer Anspruch, sondern eine andere Vorstellung vom geeigneten Weg. Ein bestimmter technischer Standard kann bei einem Gebäude sinnvoll und beim nächsten unverhältnismäßig teuer sein. Gerade Berlin besitzt einen äußerst heterogenen Gebäudebestand – vom Gründerzeithaus über

Großwohnsiedlungen bis zu Nachkriegsbauten und Einfamilienhausgebieten. Eine erfolgreiche Wärmewende muss deshalb unterschiedliche technische und wirtschaftliche Lösungen zulassen.

Contracting kann dabei einen wichtigen Beitrag leisten: Es verbindet Investition, Anlagenbetrieb und Energieeffizienz und kann dadurch wirtschaftliche Anreize stärker mit tatsächlich erzielten Ergebnissen verbinden. Auch Förderinstrumente können sinnvoll sein, wenn sie technologieoffen, einfach zugänglich und auf zusätzliche Investitionen ausgerichtet sind. Dauerhafte Subventionen einzelner Technologien oder Geschäftsmodelle sehen wir dagegen kritisch.

Diese Haltung entspricht auch unserem liberalen Grundverständnis: ökologische Ziele verbindlich verfolgen, gleichzeitig aber Wettbewerb, Innovation und die Verantwortung der einzelnen Akteure dafür nutzen, diese Ziele möglichst effizient zu erreichen.

Welche weiteren Maßnahmen plant Ihre Partei, um energetische Sanierungen und eine klimafreundliche Wärmeversorgung insbesondere im bestehenden Wohnungsbestand in Berlin wirksam voranzubringen?

Für den Gebäudebestand wollen wir vor allem die Rahmenbedingungen verbessern, unter denen Eigentümer wirtschaftlich sinnvoll investieren können. Dabei setzen wir mehrere Schwerpunkte.

Erstens wollen wir die Wärmeversorgung technologieoffen defossilisieren. Dazu gehören insbesondere der massive Ausbau der Geothermie, die Reduzierung der CO₂-Emissionen der Fernwärme sowie die Ausweitung von Fern- und Nahwärmenetzen. Gleichzeitig wollen wir die Sektorkopplung stärker nutzen, etwa indem Überschüsse erneuerbaren Stroms für Wärme oder Wasserstoff eingesetzt werden.

Zweitens wollen wir dezentrale Lösungen ausdrücklich ermöglichen. Nicht jedes Gebäude und nicht jedes Quartier wird wirtschaftlich an ein Wärmenetz angeschlossen werden können. Wo dezentrale Versorgung sinnvoller ist, müssen Eigentümer zwischen geeigneten Technologien und Dienstleistungsmodellen entscheiden können.

Drittens wollen wir bestehende Wärmenetze für zusätzliche Anbieter öffnen. Unser Wahlprogramm fordert ausdrücklich, dass wärmeerzeugende Dritte – beispielsweise Betreiber von Rechenzentren oder industrielle Betriebe mit nutzbarer Abwärme – bei Erfüllung technischer Mindestanforderungen Wärme in die Netze einspeisen können und dafür angemessen vergütet werden. Das schafft neue Geschäftsmodelle, erschließt bislang ungenutzte Wärmequellen und stärkt den Wettbewerb.

Viertens wollen wir Hindernisse für Investitionen abbauen. Genehmigungsverfahren müssen schneller und digitaler werden. Wir wollen landesrechtliche Vorgaben darauf überprüfen, ob sie Bau- und Wohnkosten unnötig erhöhen, und setzen ausdrücklich auf Technologieoffenheit statt starrer technischer Vorgaben. Gute bauliche Maßnahmen sollen wir ermöglichen und empfehlen; was nicht zwingend erforderlich ist, sollte nicht automatisch verpflichtend werden.

Fünftens unterstützen wir den Ausbau von Solarenergie, lehnen aber einen pauschalen Zwang zur Installation von Solaranlagen im Neubau und auf Bestandsgebäuden ab. Stattdessen wollen wir bürokratische Hindernisse beseitigen, die wirtschaftlich sinnvolle Projekte heute verhindern.

Finanzierung der Energiewende

Wie kann Contracting aus Sicht Ihrer Partei dazu beitragen, Investitionen zu mobilisieren und Bezirke, landeseigene Wohnungsunternehmen, die private Wohnungswirtschaft sowie private Eigentümer:innen bei der Umsetzung der Energie- und Wärmewende in Berlin zu unterstützen?

Contracting kann vor allem dort einen Mehrwert schaffen, wo notwendige Investitionen nicht an der technischen Lösung, sondern an Investitionsbudgets, Planungskapazitäten oder fehlendem Spezialwissen scheitern.

Ein Energiedienstleister kann Investition, Planung, Bau, Finanzierung und langfristigen Betrieb bündeln. Damit wird aus einer hohen einmaligen Investition für den Gebäudeeigentümer ein kalkulierbares langfristiges Leistungsmodell. Zugleich verbleibt das technische Betriebs- und teilweise auch das Investitionsrisiko bei einem spezialisierten Marktakteur. Gerade für größere Portfolios, Quartiere und öffentliche Liegenschaften kann das erhebliche Skaleneffekte ermöglichen.

Diese Logik entspricht unserem finanzpolitischen Ansatz. Berlin kann die gewaltigen Investitionen der kommenden Jahrzehnte nicht allein aus öffentlichen Haushalten finanzieren. Wir geben privaten Investitionen ausdrücklich Vorrang vor einer immer weiteren staatlichen Expansion.

Für Bezirke und öffentliche Gebäude halten wir deshalb einen ergebnisoffenen Vergleich von Eigeninvestition, klassischer Beschaffung und langfristigen Energiedienstleistungsmodellen für sinnvoll. Entscheidend müssen Wirtschaftlichkeit über den Lebenszyklus, Energieverbrauch, Versorgungssicherheit und Qualität der Leistung sein.

Bei landeseigenen Wohnungsunternehmen gilt aus unserer Sicht dasselbe. Sie sollen wirtschaftlich und professionell handeln und sich auf ihren Unternehmenszweck konzentrieren. Contracting kann ein Instrument sein, sofern es gegenüber Eigeninvestitionen oder anderen Modellen wirtschaftliche oder operative Vorteile bietet. Eine politische Pflicht zum Contracting lehnen wir ebenso ab wie einen politischen Ausschluss solcher Lösungen.

Für private Wohnungsunternehmen, Wohnungseigentümergeinschaften und einzelne Eigentümer kann Contracting insbesondere helfen, hohe Anfangsinvestitionen zu vermeiden und komplexe technische Projekte professionell umzusetzen. Wichtig sind dabei transparente Vertragsbedingungen, nachvollziehbare Kostenstrukturen und ausreichender Wettbewerb zwischen verschiedenen Anbietern.

Welche bestehenden Berliner Förderprogramme oder Klimaschutzinstrumente sieht Ihre Partei als verbesserungswürdig an? Welche Änderungen oder neuen Förderprogramme plant Ihre Partei, und sollen Contracting-Lösungen dabei ausdrücklich antragsberechtigt sein?

Berliner Förderprogramme und Klimaschutzinstrumente müssen sich aus unserer Sicht konsequent daran messen lassen, ob sie tatsächlich zusätzliche Investitionen auslösen, CO₂-Emissionen wirksam reduzieren und private Mittel mobilisieren. Dabei sehen wir insbesondere bei komplexen Antragsverfahren, kleinteiligen Förderbedingungen und bürokratischen Nachweispflichten Verbesserungsbedarf. Förderinstrumente sollten einfacher, transparenter, technologieoffener und stärker auf die tatsächlich erzielte Wirkung ausgerichtet werden.

Gerade bei der Energie- und Wärmewende ist zudem zu prüfen, ob öffentliches Geld tatsächlich erforderlich ist oder ob bessere regulatorische Bedingungen und die Mobilisierung privaten Kapitals die gleiche Investition effizienter ermöglichen können. Berlin steht vor erheblichen haushaltspolitischen Herausforderungen; deshalb müssen auch Klimaschutzprogramme stärker nach Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit priorisiert werden. Wir stellen daher sämtliche zusätzlichen politischen Entscheidungen der kommenden Legislaturperiode unter einen Finanzierungsvorbehalt und geben privaten Investitionen grundsätzlich Vorrang.

Wo das Land Förderprogramme für Investitionen in effiziente und klimafreundliche Wärmeversorgung anbietet, sehen wir keinen sachlichen Grund, wirtschaftlich gleichwertige Contracting-Modelle pauschal auszuschließen. Entscheidend sollte die geförderte Wirkung sein und nicht, ob der Gebäudeeigentümer die betreffende Anlage selbst finanziert und betreibt oder einen Energiedienstleister damit beauftragt. Die

konkrete Ausgestaltung muss allerdings beihilfe-, vergabe- und haushaltsrechtlich belastbar erfolgen.

Wir würden bestehende Programme deshalb insbesondere darauf überprüfen, ob sie unbeabsichtigt bestimmte Eigentums-, Finanzierungs- oder Betreibermodelle benachteiligen. Förderbedingungen sollten Investitionen ermöglichen und nicht durch unnötige formale Einschränkungen verhindern.

Contracting und kommunale Wärmeplanung/Gebäudemodernisierungsgesetz Berlin setzt die Vorgaben des Wärmeplanungsgesetzes unmittelbar um und hat 2026 den Berliner Wärmeplan beschlossen. Wie bewertet Ihre Partei den aktuellen Stand der Umsetzung? Welche Rolle sollen Contracting-Lösungen, Energiedienstleister und Stadtwerke bei der Realisierung der Maßnahmen spielen?

Wir begrüßen, dass mit dem Berliner Wärmeplan eine bessere Informations- und Planungsgrundlage für Eigentümer, Unternehmen, Netzbetreiber und Investoren vorliegt. Entscheidend ist für uns nun, dass aus dieser strategischen Planung verlässliche und investitionsfreundliche Rahmenbedingungen entstehen. Der Wärmeplan sollte Orientierung darüber geben, in welchen Gebieten welche Versorgungsoptionen voraussichtlich zur Verfügung stehen, ohne daraus eine starre gebäudespezifische Technologievorgabe abzuleiten.

Eine Wärmeplanung ist dann erfolgreich, wenn sie Planungssicherheit schafft – nicht, wenn aus einer strategischen Karte eine kleinteilige staatliche Technologievorgabe für jedes einzelne Gebäude wird.

Die im Wärmeplan vorgenommene Differenzierung zwischen Wärmenetzgebieten und Gebieten, in denen voraussichtlich dezentrale Lösungen erforderlich sein werden, kann Investitionen erleichtern. Sie darf aber technologische Entwicklungen und wirtschaftlich bessere Alternativen nicht ausschließen. Der Plan muss deshalb regelmäßig anhand tatsächlicher Investitionen, technischer Innovationen, Energiepreise und verfügbarer Wärmequellen fortgeschrieben werden.

Für die Umsetzung sehen wir eine zentrale Rolle für private Energiedienstleister, Contractoren, Netzbetreiber und weitere Investoren. Gerade in Gebieten mit dezentraler Wärmeversorgung können professionelle Dienstleister Anlagen bündeln, finanzieren und betreiben. In Quartieren können daraus Nahwärmenetze oder gemeinsame Versorgungslösungen entstehen.

Auch in Wärmenetzgebieten wollen wir Wettbewerb und eine möglichst vielfältige Erzeugerstruktur stärken. Deshalb fordern wir ausdrücklich den Ausbau von Fern- und

Nahwärmenetzen und die Möglichkeit, Wärme von Dritten – etwa Abwärme aus Rechenzentren oder Industrie – unter transparenten technischen Bedingungen einzuspeisen und angemessen zu vergüten.

Öffentliche Unternehmen können dabei eine Rolle spielen, aber nicht aufgrund ihrer Eigentumsform, sondern aufgrund ihrer Leistung. Stadtwerke und Landesunternehmen müssen sich ebenso an Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Qualität messen lassen wie private Anbieter. Wo private Energiedienstleister bessere oder günstigere Lösungen anbieten, sollten sie einen fairen Zugang zum Markt erhalten.

Wie steht Ihre Partei zum geplanten Gebäudemodernisierungsgesetz der Bundesregierung? Welche konkreten Auswirkungen erwartet Ihre Partei für Berlin, insbesondere mit Blick auf die Umsetzung der Wärmewende, die Modernisierung des Gebäudebestands und die Berliner Klimaschutzziele?

Bei der Weiterentwicklung des Gebäudeenergierechts ist für uns entscheidend, dass Eigentümer möglichst große Freiheit bei der Wahl der geeigneten technischen Lösung behalten und zugleich verlässliche Rahmenbedingungen für langfristige Investitionsentscheidungen erhalten. Wir begrüßen deshalb Regelungen, die unterschiedliche Wege zu einer klimafreundlicheren Wärmeversorgung zulassen und stärker auf Technologieoffenheit setzen. Diese Ausrichtung ist insbesondere für Berlin mit seinem sehr unterschiedlichen Gebäudebestand von großer Bedeutung.

Die stärkere Technologieoffenheit entspricht unmittelbar unserer Berliner Programmatik. Wir lehnen zusätzliche Verschärfungen der energetischen Anforderungen an Gebäude in Neubau und Bestand ab und setzen stattdessen auf erneuerbare Energien beim Heizen, wirtschaftliche Lösungen und Wettbewerb zwischen Technologien.

Für Berlin erwarten wir davon vor allem mehr Entscheidungsspielraum für Eigentümer. Das ist angesichts des heterogenen Gebäudebestands besonders wichtig. Wärmepumpen können an vielen Standorten eine sehr gute Lösung sein; andernorts können Wärmenetze, Geothermie, Solarthermie, Hybridlösungen, Biomasse, klimaneutrale Brennstoffe oder andere technische Entwicklungen wirtschaftlicher sein. Politik sollte nicht heute festlegen, welche dieser Technologien in 15 oder 20 Jahren überall überlegen sein wird.

Gleichzeitig entsteht aus Technologieoffenheit Verantwortung. Eigentümer müssen Investitionsentscheidungen auf Basis realistischer Lebenszykluskosten treffen. Die Entwicklung von CO₂-Preisen, Netzentgelten und Brennstoffkosten darf dabei nicht

ausgeblendet werden. Technologieoffenheit bedeutet nicht, ökonomische Risiken zu ignorieren, sondern Eigentümern zu ermöglichen, diese selbst sachgerecht abzuwägen.

Für die Berliner Wärmewende bedeutet das nach unserer Auffassung, dass der Senat seine kommunale Wärmeplanung und seine Förderpolitik nicht auf eine einzelne Heiztechnologie zuschneiden darf. Stattdessen braucht Berlin verlässliche Informationen darüber, wo Wärmenetze tatsächlich erweitert werden, einen deutlich schnelleren Ausbau der entsprechenden Infrastruktur und gute Bedingungen für dezentrale Investitionen in den übrigen Gebieten.

Für Contracting und Energiedienstleistungen verbessert ein technologieoffener Rahmen grundsätzlich die Möglichkeiten, objektspezifische Lösungen anzubieten. Anbieter können verschiedene Technologien, Finanzierungsmodelle und Betriebsstrategien miteinander vergleichen und gegenüber Eigentümern über Preis, Effizienz und Qualität in Wettbewerb treten.

Unsere Klimaschutzziele werden aus unserer Sicht nicht dadurch erreicht, dass der Staat möglichst viele Einzelentscheidungen vorschreibt. Entscheidend ist, dass CO₂-Emissionen tatsächlich und zu möglichst geringen volkswirtschaftlichen Kosten sinken. Berlin sollte daher private Investitionen mobilisieren, Infrastruktur schaffen, Märkte öffnen, Innovation ermöglichen und dort regulieren, wo dies zur Erreichung verbindlicher Ziele tatsächlich erforderlich ist.

Die Wärmewende ist für Berlin eine technische, wirtschaftliche und finanzielle Herausforderung von erheblichem Umfang. Gerade deshalb sehen wir Energiedienstleister und Contracting-Unternehmen nicht lediglich als Auftragnehmer, sondern als wichtige Partner, Investoren und Innovationsträger. Ihr Praxiswissen ist für die Frage, welche Lösungen sich im Gebäudebestand tatsächlich wirtschaftlich, technisch zuverlässig und in der erforderlichen Größenordnung umsetzen lassen, von besonderem Wert.

Wir danken dem vedec und seinen Mitgliedsunternehmen sehr herzlich für die fundierten Fragen und für die intensive fachliche Arbeit an einer effizienten und klimafreundlichen Energieversorgung. Gerade bei der Wärmewende ist der Austausch mit den Unternehmen wichtig, die Investitionen planen, technische Lösungen entwickeln und im täglichen Betrieb Verantwortung für deren Funktionieren übernehmen. Ihre Erfahrungen aus der Praxis sind für politische Entscheidungen und für die Ausgestaltung verlässlicher Rahmenbedingungen ein wertvoller Beitrag.

Wir würden uns deshalb sehr freuen, den Dialog mit Ihnen und Ihren Mitgliedsunternehmen über die hier angesprochenen Fragen hinaus fortzusetzen –

insbesondere über konkrete Investitionshemmnisse, die Weiterentwicklung von Contracting-Modellen, den Zugang zu Wärmenetzen und die praktische Umsetzung der Berliner Wärmeplanung. Für einen vertieften persönlichen Austausch stehen wir Ihnen sehr gerne zur Verfügung. Fragen und Antworten zu diesem Wahlprüfstein werden wir auch auf unserer Website veröffentlichen.

Mit freundlichen Grüßen

Christoph Meyer

Landesvorsitzender und Spitzenkandidat der FDP Berlin